

## A281-Baustelle in Obervieland

# Drei Jahre Bauzeit sind fest geplant

Von **Antonia Dreyer** - 08.05.2019 -

**Auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiative "für eine menschengerechte A281" waren sich die SPD- und CDU-Vertreter einig, dass die von der Initiative geforderten Alternativen keine Chancen haben.**



**Das Trogbauwerk zwischen Neuenlander Straße und Zubringer Arsten wird für die Dauer des Baus der A 281 zum Nadelöhr. Mehr Verkehr im Stadtteil wird die Folge sein.** (Frank Thomas Koch)

Monsterbaustelle, Trassenwahn und Baustellenchaos sind nur einige der Schlagworte, mit der die Bürgerinitiative für eine menschengerechte A 281 jetzt zu einer Diskussion in den Gemeindesaal der St. Markusgemeinde eingeladen hatte. Es ging erneut um den als Bauabschnitt 2/2 bekannten Teil des Projekts.

Derzeit mündet die A 281 noch in die Neuenlander Straße, mit einer Ampel am Ende der Ausbaustrecke. Geplant ist eine Verlängerung der Autobahn entlang des Flughafengeländes bis zum Arster Zubringer zur Autobahn 1. Die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs und -bau GmbH (Deges) verspricht sich von dem Bau eine Entlastung des innerstädtischen Verkehrs, der B 75 und der A 1. Außerdem Sorge der Ausbau für eine bessere Verknüpfung des internationalen Fernstraßennetzes, der Häfen und des Flughafens. Denn die Autobahn 281 soll den Autobahnring um Bremen mit einer Eckverbindung zwischen der A 1 und A 27 schließen. Die Bürgerinitiative droht aber nun mit einer Klage und einem Eilantrag auf Baustopp. Zwei Hauptkläger haben sich nach ihren Angaben bereits gefunden und Spenden für die bevorstehende Klage werden auch schon gesammelt.

### **Angespannte Stimmung**

Der Gemeindesaal war komplett gefüllt, und bereits am Anfang wurde deutlich, wie angespannt die Stimmung ist. Plakate zu Demonstrationen wurden neben den Sitzplätzen ausgestellt. Schon am Anfang der Veranstaltung wies der Journalist Klaus Wolschner als Moderator darauf hin, „wer vernünftig diskutieren will, muss vor allem Zuhören und einander Ausreden lassen.“ Dennoch

gab es zahlreiche Zwischenrufe aus dem Publikum.

Das Podium war sich über die Auswirkungen der bevorstehenden Baustellen einig. „Es ist eine Zumutung, jedoch unausweichlich“, sagte Ralph Saxe (Grüne). „Die Trasse kann unmöglich verhindert werden, das Chaos ist vorprogrammiert“ fügte Olaf Dinné von den Freien Wählern hinzu. Auch Björn Tschöpe (SPD) und Heiko Strohmann (CDU) fanden Konsens. Es werde zu erheblichen Behinderungen kommen, weil Bauen immer eine Belastung mit sich bringe. Klaus-Rainer Rupp (Linke) sprach von einem „vorprogrammierten Irrsinn“ in Anbetracht der geplanten Baumaßnahmen. Hinrich Lührssen (Bürger in Wut) bezeichnete das alles als „großes Schlamassel“ und auch Gunnar Christiansen von den Piraten sprach von einem drohenden Chaos.

### **Bürgerinitiative will Untertunnelung**

Denn die geplanten Arbeiten des Bauabschnitts 2.2 bedeuten, dass der Tunnel an der Kattenturmer Heerstraße abgerissen wird. Dadurch wird zeitweise ein Linksabbiegen unmöglich. Für den auswärtsfließenden Verkehr bedeutet dies, dass sich ein Teil über die Habenhauser Landstraße, den Arsterdamm und weiter in die Neustadt durch die Kornstraße quälen muss. Staus, überfüllte Straßen und eine Veränderung in den Stadtteilen sind die allgemein erwarteten Konsequenzen.

Die Bürgerinitiative plädiert vor diesem Hintergrund von Anfang an für eine Alternativplanung der künftigen Bundesstraße 6 (B6). Sie will eine Untertunnelung der B6 unterhalb der Start- und Landebahn des Flughafens. So könnte die sogenannte B6n (Bundesstraße 6 neu) abseits der Wohngebiete, insbesondere nicht durch die Wolfskuhlensiedlung, geführt werden. Alternativ schlagen sie den vierspurigen Ausbau zwischen der Anschlussstelle Autobahnzubringer Arsten und der Karl-Carstens-Brücke vor. So könnte dem massiven Verkehrschaos, dass der Bauabschnitt 2.2 mit sich bringt, entgegengewirkt werden.

Die Bürgerinitiative weist zudem auf den minimalen Zeitgewinn durch den Ausbau hin. „Dadurch ist man gerade mal eine Minute schneller“, sagte Initiativen-Sprecher Norbert Breeger. Laut der amtlichen Verkehrsprognose für 2030 würden zudem weder die B75 noch die A1 entlastet. „Der Bauabschnitt wird der Neustadt und Obervieland grundsätzlich schaden“, betonte Breeger. Man denke nur an das sich verändernde Stadtbild, den Einzelhandel und die Gastronomie, die in der Neustadt verankert sind. Höhere Verkehrsbelastung, durchfahrende LKW, Feinstaubbelastung und Lärm sind nur einige der erheblichen Folgen durch den Ausbau, befürchtet Breeger.

Doch zumindest die Vertreter von SPD und CDU waren sich darin einig, dass die von der Initiative geforderten Alternativen keine Chancen habe, weder der vierspurige Ausbau noch die Untertunnelung: Zu hohe Kosten und mit dem vierspurigen Ausbau würde man wieder ganz von vorne beginnen. „Dann bin ich eben Hiob und sage: Es muss diese Trasse geben“ verkündete Strohmann. Das Bauvorhaben sei bereits beschlossen und man könne sich in dieser Planungsphase nicht mehr umentscheiden. Das dreijährige Baustellenchaos sei in Kauf zu nehmen. „Einen Leidtragenden muss es leider immer geben“, fügte Tschöpe hinzu.

Zum vierspurigen Ausbau sagte Rupp, dass man sich in eine Falle manövriert habe und fragte, wieso man am Anfang keine andere Alternative in Betracht gezogen habe. Dennoch müsse die Autobahn angeschlossen werden, andernfalls würde dies Probleme für mittelständische Unternehmen mit sich bringen. Die Piraten sind für die Alternative des vierspurigen Ausbaus, Christiansen betont „der vierspurige Ausbau würde das Problem der immensen Belastung lösen“.

In Sachen Klage zeigte sich Norbert Breeger siegessicher. „Wir haben 2011 schon einmal gewonnen, die Chancen, dass wir wieder gewinnen stehen sehr gut“, sagte der Sprecher der Bürgerinitiative. Er spielt damit auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgericht in Leipzig

an. Seinerzeit hatten die Richter festgestellt, der Planfeststellungsbeschluss weise „zahlreiche erhebliche Abwägungsmängel auf“. Die Planer seien vom geltenden Flächennutzungsplan abgewichen und hätten die Trasse zu Unrecht einfach nach Süden verlegt.

Alternativen seien nicht genug geprüft worden. Zudem sei die zu erwartete Lärmbelastung der Anwohner nicht ausreichend untersucht worden. Allerdings wurde der Planfeststellungsbeschluss durch das Urteil nicht aufgehoben, sondern musste nachgebessert werden.